

Widerspruch ist möglich Weitergabe von Daten Jugendlicher an die Bundeswehr

Städte und Gemeinden leiten die Namen und Adressen von jungen Menschen an die Bundeswehr weiter. Diese nutzt die Adressen, um ihnen Werbematerial für den Dienst in der Bundeswehr zuzuschicken.

Dies geschieht aufgrund von §58c des Soldatengesetzes. Übermittelt werden jeweils bis zum 31. März die Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden.
Angesichts



der allgemein verbreiteten Falschinformation von der „Abschaffung der Wehrpflicht“ wird gerne vergessen, dass der Zwang zum Kriegsdienst keineswegs abgeschafft, sondern nur ausgesetzt ist. Junge Männer deutscher Staatsangehörigkeit werden seit 2011 nicht mehr zwangsweise gemustert, einberufen und der Gewissensprüfung unterworfen. Aber der Zwang ist nur ausgesetzt, nicht abgeschafft. Im Spannungs- und Verteidigungsfall tritt er automatisch wieder in Kraft. Alle Männer sind gemäß Wehrpflichtgesetz ab dem 18. Geburtstag „wehrpflichtig“. Anlässlich der Ukraine-Krise forderten auch prompt einzelne Stimmen aus der Bundeswehr und aus der CDU, in Deutschland den Zwang zum Kriegsdienst wieder zu aktivieren.

Genau das ist in Litauen und in der Ukraine geschehen: dort werden junge Männer wieder ins Militär gezwungen.

Widerspruch ist möglich!

Jugendliche können der Datenweitergabe an die Bundeswehr widersprechen. Dies ist in §18 Absatz 7 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) festgelegt. Falls die Meldebehörde die Daten schon weitergegeben hat, kann von der Bundeswehrverwaltung nach §58c Abs.3 SG die Löschung der Daten verlangt werden.

Mit dem Widerspruch können Jugendliche ein Zeichen gegen Krieg und für Frieden setzen. Der individuelle Widerspruch auf dem Postweg ist schon ein erster Schritt. Allerdings wird er von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

Wer mit seinem oder ihrem Widerspruch etwas bewirken und deutlich machen will, dass er oder sie für Krieg und Kriegsdienst nicht zur Verfügung steht, könnte dies in einer öffentlichen Aktion machen. Statt die Widersprüche mit der Post zu schicken, könnten die widersprechenden Jugendlichen die Schreiben gemeinsam persönlich in der zuständigen Behörde abgeben und dies mit einer öffentlichkeitswirksamen Kundgebung vor dem jeweiligen Gebäude verbinden. Das könnten sowohl diejenigen tun, deren 18. Geburtstag bevorsteht, als auch diejenigen, die nachträglich die Löschung ihrer Daten bei der Bundeswehr verlangen.

Daraus könnte eine jährlich wiederkehrende bundesweit koordinierte Aktion gemacht werden, als regelmäßiger Termin im Aktionskalender der Friedensbewegung und von Jugendorganisationen. Als Zeitraum bietet sich der Monat März an.

Damit würde nicht nur den Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr etwas entgegengesetzt. Es würde auch allgemein das gesellschaftliche Bewusstsein dafür geschärft, dass es wichtig ist, nicht nur für Frieden zu sein, sondern sich auch persönlich dem Krieg und jeder Art von Kriegsdienst und Kriegsunterstützung zu verweigern - auch dann wenn es nicht um Zwangsrekrutierung zum Kriegsdienst geht, sondern nur um die vergleichsweise geringfügigere Datenweitergabe ans Militär.

Gernot Lennert

Mehr dazu incl. Musterbrief:
www.dfg-vk-mainz.de (Startseite rechte Spalte)

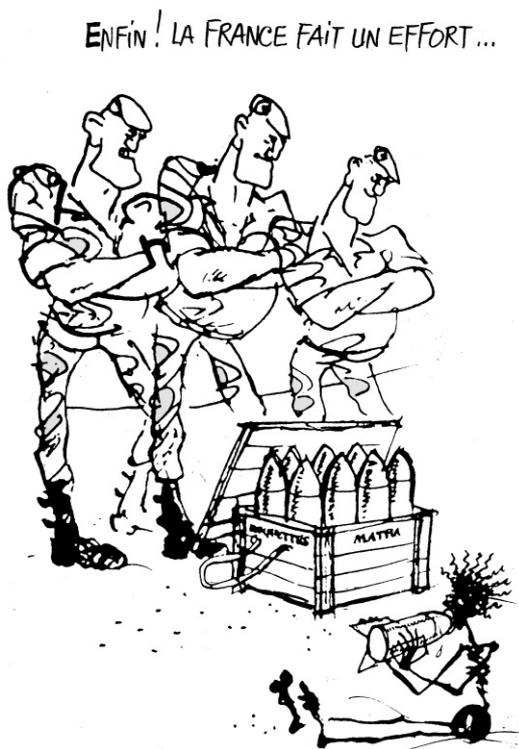
Je suis 
friedlicht

Gelöbnix-Demo
Spätfolgen von Kriegen
Die Bundeswehr als Datenkrake
Trauer um französische Pazifisten
Kriegsverherrlichung in Mainz
Ukraine
Sag Nein!
Termine

Je suis Charlie

Der Terroranschlag auf Charlie Hebdo im Januar 2015 war nicht nur ein Anschlag auf eine kritische Satire-Zeitschrift, er war auch ein Anschlag auf die Friedensbewegung. Unter den Opfern waren Pazifisten und Mitglieder der "Union pacifiste de France", der französischen Partnerorganisation der DFG-VK, mit der wir seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden sind und zusammenarbeiten. Ermordet wurde auch der in Frankreich seit Jahrzehnten sehr bekannte pazifistische und antimilitaristische Zeichner Jean Cabut, genannt Cabu. Er stellte pazifistischen Publikationen seine Karikaturen unentgeltlich zur Verfügung. Eine kleine Auswahl aus einem Buch von Cabut aus dem Jahr 1986 ist in diesem Friedlicht zu sehen.

Nach dem Anschlag erklärten zahlreiche Politiker ihre Solidarität mit Charlie Hebdo, die Charlie Hebdo politisch keineswegs nahegestanden hatten und die zum Teil selbst dafür eintreten, Religionskritik mit Sondergesetzen zu verfolgen. In Paris demonstrierten sogar Potentaten wie Erdoğan, der in der Türkei die Pressefreiheit unterdrückt und gegen den Nachdruck von Charlie-Hebdo-Karikaturen vorgegangen war. In Abgrenzung von dieser staatlichen Vereinnahmung erklärte Pascal Dereudre von der Union pacifiste: „Im Visier ist vor allem die Familie der Freigeister, nicht Frankreich oder die Republik.“ Die Gruppe



POUR L'AIDE AU TIERS-MONDE

Endlich! Frankreich unternimmt etwas, um der 3. Welt zu helfen

(Karikatur von Cabu)

der Union pacifiste im Limousin erklärte: „Tötet den Krieg, nicht die Pazifisten!“ (Tuer la guerre, pas les pacifistes!)

Besonders perfide war die Vereinnahmung

von Charlie Hebdo durch PEGIDA und andere rechte Gruppierungen. Dagegen verwahrten sich Überlebende von Charlie Hebdo und erklärten, dass PEGIDA für genau das stehe, was Charlie Hebdo immer bekämpft hatte. In der Gegnerschaft zu Nationalismus, abendländischem Kulturalismus, religiösem Fundamentalismus von allen Seiten, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit war man sich bei Charlie Hebdo einig, auch wenn es immer wieder zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten und Konflikten in der heterogen zusammengesetzten Redaktion kam.

Die Union pacifiste erklärte: „Unsere Freunde von Charlie waren weder Krieger noch Soldaten, sondern ganz im Gegenteil erbitterte Antimilitaristen mit entwaffnendem Humor... Lasst uns deshalb aufpassen, dass der Tod unserer Gefährten nicht Ideologien oder Entscheidungen dient, die sie zurückgewiesen hätten – mit dem Bleistift in der Tasche und einem Lächeln im Mundwinkel.“

Mehr dazu und Links zu weiteren Beiträgen:

www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/je-suis-charlie

Die Zeichnungen von Cabu in diesem Friedlicht sind entnommen aus seinem Buch "A bas toutes les armées!" Bd.2 le cherche midi éditeur, Paris 1986

Bundeswehrgelöbnis in Mainz: Mit Pfefferspray gegen Friedensdemonstration

„Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt! – Nein zu öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr in Mainz und anderswo!“ war der Titel der Demonstration gegen das Bundeswehrgelöbnis am 24. Juni 2014 in Mainz (siehe Friedlicht Nr. 58).

Das Gelöbnis sollte laut Landtagspräsident Mertes die „enge Verbundenheit von Parlament und Bundeswehr zum Ausdruck“ bringen, vor allem bezüglich der Auslandseinsätze. Es war kein Routinegelöbnis wie ein Gelöbnis auf einem Kasernenhof. In einer Landeshauptstadt direkt vor dem Landtag ist es als öffentlichkeitswirksame politische Demonstration von landesweiter und überregionaler Bedeutung gedacht. Es wurden SoldatInnen aus drei Bundesländern herbei kommandiert.

Im Aufruf der Demonstration hieß es:

„Das Gelöbnis ist eine politische Demonstration

- für die Auslandseinsätze der Bundeswehr
- für eine noch stärker militarisierte Außenpolitik, wie sie lautstark von Gauck, von der Leyen und Gabriel propagiert wird
- für die aggressive Expansionspolitik von EU und NATO, die in diesem Jahr zu einer unverantwortlichen Konfrontation mit Russland geführt und die Kriegsgefahr in Europa drastisch erhöht hat
- für die Militarisierung der Gesellschaft.“

Bezüglich des Ukraine-Konflikts hieß es: „Jetzt ist Deeskalation nötig, kein Säbelrasseln mit militärischen Drohgebärden und Aufmärschen.“

Ein öffentliches Militärgelöbnis im Gedenkjahr an den Beginn des Ersten Weltkriegs erscheint auch jetzt im Nachhinein noch besonders geschmacklos. Damit wurden viele Millionen Kriegspfer verhöhnt.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es: „Feierliche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Verankerung der Bundeswehr in der

demokratischen Gesellschaft.“ Gelöbnisse sind ein Teil der Offensive der Bundeswehr im öffentlichen Raum. Darüberhinaus drängt die Bundeswehr in Bildungseinrichtungen – nicht nur in Schulen und Universitäten, sogar schon in Kindergärten. Aber auch bei Ausbildungsmessen, in Arbeitsagenturen, in Medien und bei Jugendfestivals und Volksfesten wird verstärkt um Nachwuchs und für Zustimmung zur Kriegspolitik geworben.

Die Forderungen des Protestes waren:

- Nein zur Militarisierung der Gesellschaft!
- Nein zu den Auslandsinterventionen und Kriegen von NATO und Bundeswehr!
- Nein zur militärischen Absicherung wirtschaftlicher Interessen, kein Werben fürs Sterben, für friedliche und gewaltfreie Konfliktlösung!

Der Aufruf wurde von 23 Organisationen unterstützt.

Demonstrations- behinderung von Anfang an

Die Demonstration wurde gleich zu Beginn seitens der Polizei am Hauptbahnhof durch Personalienfeststellungen lange aufgehalten, ein Schild durfte nicht mitgeführt werden. Eine angespannte Stimmung entstand.

Die Abschlusskundgebung wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Durchsagen der Polizei, die aufforderten, die Lautsprecheranlage leiser zu drehen, störten eine Rede. Obwohl die Demonstrationsleitung nach Beendigung der Rede den Ton deutlich dämpfte, erklärte die Polizei die Demonstration für aufgelöst. Während es sonst sogar bei Blockaden üblich und vorgeschrieben ist, dreimal aufzufordern, den Platz zu räumen, gab es diesmal keine klar erkennbaren Aufforderungen. Und hier handelte es sich sogar um eine genehmigte Kundgebung. Die Demonstrationsleitung meldete für den Fall der Auflösung eine Spontandemo gegen die Auflösung der Demonstration, in der Großen Bleiche, also in deutlicher Entfernung, an. Die Lautstärke war kein Problem mehr, und die Polizei hätte der Demonstrationsleitung ermöglichen können, den Kundgebungslastwagen zu wenden und zum neuen Demonstrationsplatz zu fahren. Stattdessen stürmten gepanzerte Polizisten durch die friedliche Menge zum Lautsprecherwagen und legten die Lautsprecheranlage still. Dabei verletzten sie mehrere Menschen durch Stöße, Schläge, Tritte, Pfefferspray und herbeigeführte Stürze. Ein Demonstrant wurde ohne ersichtlichen Grund brutal zu Boden geworfen und festgenommen und hinterher auch noch angeklagt.

Eine solche unverhältnismäßige Polizeigewalt gegen eine friedliche Demonstration ist ungewöhnlich, aber typisch in der Nähe von Bundeswehrgelöbnissen. Und das alles offenbar nur, um den PolitikerInnen beim Gelöbnis zu ersparen, akustisch etwas vom Protest mitzubekommen. Das offenbart ein merkwürdiges Demokratieverständnis. Denn es ist Sinn von Demonstrationen wahrgenommen zu werden, gerade von denjenigen, gegen deren Politik sie sich richten.

Demo gegen Polizeigewalt

Am 25. Juni kam es in Mainz zu einer über Facebook angekündigten Spontandemonstration gegen die Polizeigewalt bei der Auflösung der Demonstration am Tag zuvor. Das Ordnungsamt Mainz, das offenbar bei Face-



„Mein Hauptmann! Ich möchte für Frankreich sterben. Es ist mein Vaterland, meine Mutter.“
„Ausgemustert: Keine Verrückten in der Armee!“

(Karikatur von Cabu)

book mitlesen lässt, fragte den Anmelder der Anti-Gelöbnis-Demonstration, ob er auch für die Spontandemonstration verantwortlich sei. Er entgegnete, dass für eine Demonstration gegen Polizeigewalt die Polizei verantwortlich sei.

Grünes Bekenntnis zur Bundeswehr

Im Vorfeld der Demonstration gegen das Gelöbnis konzentrierte sich das Medieninteresse fast ausschließlich auf die Frage, wie sich sechs gelöbniskritische Abgeordnete der Landtagsfraktion der Grünen am Tag des Gelöbnisses verhalten würden, statt über die Demonstration selbst zu berichten oder Menschen aus dem Bündnis gegen das Bundeswehrgelöbnis zu Wort kommen zu lassen. Ein grüner Abgeordneter nahm schließlich an der Demonstration teil.

Es folgten wütende Attacken der CDU gegen die Grünen. In der Landtagsdebatte am 26. Juni fiel Daniel Köbler, Fraktionsvorsitzender der Grünen, dazu nichts Besseres ein als zu betonen, dass kein Grüner zur Demonstration aufgerufen habe und dass seitens der CDU nur ein Drittel der christdemokratischen Abgeordneten beim Gelöbnis präsent gewesen sei.

Er schloss seine Rede mit den Worten: „Ich sage, auch wenn ich damals innerparteilich eine andere Meinung hatte, es bedurfte einer rot-grünen Koalition, um erstmals deutsche Soldaten auf einen Auslandseinsatz ins Kosovo zu schicken. Das hat die Regierung Kohl damals bei Bosnien nicht gewagt.“

Einst waren die Grünen ein wichtiger Teil der Friedensbewegung. Jetzt wetteifern sie mit der CDU darum, wer zahlreicher an Bun-

deswehrgelöbnissen teilnimmt, und sie brüsten sich damit, Deutschland wieder zu einem kriegführenden Staat gemacht zu haben, was die CDU nicht gewagt hatte, wobei der Kosovo-Krieg sogar ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg war. Können die Grünen noch tiefer sinken?

Repression nach der Demonstration

Die Staatsgewalt gibt sich nicht mit der gewaltsamen Auflösung der Demonstration gegen das Gelöbnis zufrieden. Mehrere Demonstranten wurden und werden aufgrund diverser Vorwürfe von Widerstand bis Missachtung der Lärmobergrenze verfolgt. Umgekehrt gibt es Anzeigen gegen Polizeibeamte wegen Körperverletzung und Beleidigung. Ob es zu Prozessen kommen wird, wird sich zeigen.

Angesichts der Begeisterung von SPD, CDU und Grünen für Bundeswehrgelöbnisse vor dem Landtag ist ziemlich sicher, dass auch in der nächsten Legislaturperiode, die 2016 beginnen wird, wieder ein Gelöbnis stattfinden wird. Es wird dann wieder notwendig sein, einer solchen Demonstration für Militär und Krieg eine Demonstration für Frieden und gewaltfreie Konfliktlösung entgegenzustellen.

Informationen zur Gelöbnis-Demonstration, darunter Reden als Text und Hinweise auf aktuelle Entwicklungen und auf etwaige Prozesstermine findet Ihr hier:

www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/geloebnix14

Diese und andere Veranstaltungen der DFG-VK werden regelmäßig im Youtube-Kanal von **Querdenker0** dokumentiert.

Spätfolgen von Kriegen

Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen, liebe Friedensfreunde und -freundinnen,

seit den 50er und 60er Jahren finden sich immer noch Menschen, die beim Ostermarsch mitlaufen, um gegen eine unfriedliche Welt zu demonstrieren und zu protestieren.

Noch immer lagern hierzulande Atomsprengeköpfe, sind ungefähr 240 000 Soldaten und Soldatinnen in Deutschland stationiert, werden Waffen produziert und exportiert, werden militärische Einsätze von den Politikern befürwortet.

Das alles geschieht nach zwei schrecklichen Weltkriegen, in denen Abermillionen Menschen ihr Leben verloren, Städte verwüstet wurden, wie unser Mainz, wo die „Wunden“ im Stadtbild noch immer erkennbar sind.

Haben die Herrschenden nichts aus diesen Tragödien gelernt? Wohl wenig, sonst gäbe es nicht weiterhin die Inschrift „... künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung“ auf einem Denkmal am Rheinufer, das an die Umgekommenen der Besatzung des Schiffes SMS Mainz aus dem ersten Weltkrieg erinnert.

Damals – vor über hundert Jahren – sahen viele begeisterte Soldaten einen Lebenssinn, sich für ihr Vaterland, neue Ideale, eine bessere Zukunft – wie sie dachten – zu opfern.

Die herbe Ernüchterung stellte sich bald ein. – Die Männer wussten noch nicht, genauso wenig wie die Soldaten des 2. Weltkrieges, dass sich ihre Ängste und Qualen, die Traumata der Zivilbevölkerung durch Bombardierungen, Hungersnöte, Flucht und Vertreibung erhalten und an Kinder und Kindeskinde weitergegeben würden. .

Auch wenn Kriege militärisch beendet sind, herrscht kein Friede. Kriege wüten weiter in den Seelen der Beteiligten, der Opfer, der Verletzten.

- Das Kriegsbaby, das vor Schreck beim Aufheulen der Sirene blau anläuft, leidet später an Panikattacken.
- Das Mädchen, von Tieffliegern gejagt, kann als Erwachsene kein Flugzeug mehr besteigen.
- Der Junge, der die Schwester sterben sieht, entwickelt eine lebenslange, unheilbare Depression.

Manchmal tauchen erst Jahrzehnte später quälende Erinnerungen an schreckliche Erlebnisse auf und verursachen Alpträume und Angstzustände.

Von diesen Spätfolgen berichten Klinikpsychologen und neuere Forschungsergebnisse beweisen, dass diese Traumata der Kriegsgeneration an die Kinder und Enkel weitervererbt werden. Die Therapeuten versuchen in Gesprächen über das Grauen, das die Altvorderen durchlitten haben, und über das in den Familien oft geschwiegen wurde, den Traumatisierten und den leidenden Nachkommen zu helfen.

Ein Dilemma ist nun, dass allmählich die Erlebnisgeneration verschwindet. Die Verstorbenen können nicht mehr Zeugnis geben über die Schrecken eines Krieges, können nicht mehr vor ihm warnen. Nicht nur Atombomben können durch die Strahlung generationenübergreifend Menschen schädigen, auch der konventionelle Krieg, mit ganz „gewöhnlichen“ Waffen, trifft noch die später Geborenen, die Kinder und Enkel.

Fernsehbilder aus Kriegsgebieten können kaum warnen, im Gegenteil. Als Propaganda werben und locken sie so manchen Abenteuer suchenden Menschen, der – ähnlich wie im 1. Weltkrieg – für eine Idee – heute vielleicht für den IS – sein Leben und das vieler Unschuldiger und Unbeteiligter hingeben will. Ange-

sichts der Zerstörungen, der Gräueltaten und des Leidens, die Kriege den Menschen über Generationen antun, können wir nur immer wieder fordern:

- Produziert und exportiert keine Waffen!
- Ächtet Kriege für immer als Eingreifmittel bei politischen Konflikten!
- Immer droht die Gefahr der Eskalation!
- Immer wird Hass und Rache geschürt!
- Lasst die Bundeswehr nicht in Kindergärten, Schulen und Universitäten!
- Stoppt die Militarisierung der Gesellschaft!
- Lasst uns im Geiste von Ulli Thiel Frieden schaffen ohne Waffen!

Der Todestag von Ulli Thiel, dem überzeugten Pazifisten, jährt sich am 10. April. Das ist ein Anlass heute an ihn zu erinnern. Ulli gehörte in den 60er Jahren zu den ersten Zivildienstleistenden, und wir verdanken ihm den über die Friedensbewegung hinaus bekannt gewordenen Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“. Er organisierte 1983 die 108 km lange Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm bei der 400 000 Menschen damals gegen die Stationierung von Pershing-Raketen und Marschflugkörpern protestierten. Ulli Thiel setzte sich sein ganzes Leben lang für den Frieden ein und mahnte dabei: „Der Weg dahin muss dem Ziel entsprechen“.

Lasst uns diesen Satz bei allen unseren Aktivitäten immer beherzigen und nie vergessen, „der Weg muss dem Ziel entsprechen“. Nur so können wir eine Kultur der Gewaltlosigkeit aufbauen.

Rede von Uta Binz, für den Ostermarsch 2015 in Mainz

Adressen und Hinweise

Radiosendung Pazifissimus

der DFG-VK Wiesbaden und Mainz läuft an jedem zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwochen) im Rahmen des Programms von Radion Quer bei Radio Rheinwelle.

GI Café:

The Clearing Barrel
Richard-Wagner-Str. 48, Kaiserslautern
Öffnungszeiten:
Mi. bis Fr. ab 15 Uhr (Open End)
Sa. ab 12 Uhr (Open End)

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),
Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):
Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, 63075
Offenbach
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

Internet:

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Hessen: www.dfg-vk-hessen.de
DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-rlp.de
DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de
War Resisters' International: www.wri-irg.org

Military Counseling Network:

(Located in Germany)
phone: 0631-624 873 93
email: mcn@dmfk.de

Hilfe!

Die im Artikel über die Kranzniederlegung angeführte bayrische *Friedensfahrradtour* radelt auch dieses Jahr wieder über Mainz und Wiesbaden. Es sind zwischen 30 und 75 Leute. **Wer** kann Hinweise geben, wo wir die Leute unterbringen oder wer bietet Schlafplätze an? Es geht um die Nacht vom 05. auf den 06. August. Die Jugendherbergen in Mainz und Wiesbaden sind ausgebucht.
Infos an: tina.gewehr@radio-quer.de

Kriegsverherrlichung am Rheinufer in Mainz Der Protest geht weiter

Auf dem Kriegsmarinedenkmal am Mainzer Rheinufer wird nicht nur eines untergegangenen Kriegsschiffs namens Mainz gedacht, es ist darauf auch zu lesen:

*Den Gefallenen zum Gedächtnis
Den Lebenden zur Anerkennung
Künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung.*

Das geht weit über konventionelle Kriegsdenkmäler hinaus. Es geht keineswegs nur um die von ihrer Regierung in den „Heldentod“ geschickten Soldaten und die übliche als Trauer getarnte Rechtfertigung von Krieg und Militär. Es ist eine unmissverständliche Aufhetzung zum nächsten Krieg.

Genau dafür wurde diese militaristische Scheuflüchtigkeit von den Nazis 1939 errichtet. Es ging ihnen darum, die Bevölkerung ideologisch auf Krieg einzustimmen und kurz danach auch in den nächsten Krieg zu schicken.

Auf der Schleife des am Denkmal alljährlich am Volkstrauertag aufgehängten Kranzes des Oberbürgermeisters steht: „Der Oberbürgermeister“ sowie „Landeshauptstadt Mainz“. Es gibt keinerlei Distanzierung vom Text des Denkmals, weder vom auf dem Denkmal beschworenen „deutschen Kreuzergeist“ noch von der Aufforderung zur Nacheiferung im Soldatentod.

Wer dort ohne weiteren Kommentar einen Kranz aufhängt, macht sich die Botschaft des Denkmaltexts zu eigen. Die DFG-VK kritisiert schon seit Jahren immer wieder mit Kundgebungen, mit Schreiben an die Stadtratsfraktionen und an den OB sowie in Veröffentlichungen die Kranzaufhängungen am Denkmal. So gab es zum Beispiel 2009 am Kriegsmarinedenkmal eine Kundgebung im Rahmen der Friedensfahrradtour der DFG-VK Bayern, als sie durch Mainz radelte. 2010 wurde der Kranz mit aufs Denkmal geklebten Kommentaren ergänzt. Anfang 2014 erinnerten ein Flugblatt der DFG-VK und Nr. 58 des Friedlichts an die Problematik.

Ungewöhnliches im Jahr 2014

Am Vortag des Volkstrauertags protestierten die DFG-VK in einer Kundgebung vor dem Denkmal gegen die für den nächsten Tag erwartete Kranzaufhängung des Oberbürgermeisters. Am Volkstrauertag wurde wie im-

mer im Namen der Stadt Mainz und OB Ebling (SPD) der Kranz angebracht.

Doch dann geschah Unvorhergesehenes. Gleich zwei Mainzer, die sich für Frieden engagieren, wurden aktiv.

Zwei Tage nach dem Volkstrauertag konnte man am Kranz eine weitere Schleife sehen. Friedensaktivist Heinz-Jürgen Nieth hatte sie



angebracht. In seinem Offenen Brief an den OB erläuterte er:

„Eigentlich müsste es heute zum Allgemeinwohl gehören, dass das massenhafte Morden im Krieg keine Anerkennung verdient; ein ‚Nacheifern‘ zu empfehlen dürfte übrigens auch gegen die Friedensverpflichtung des Grundgesetzes verstoßen.“

Um eine irrtümliche Auslegung Ihrer Kranzniederlegung zu verhindern, habe ich mich deshalb entschlossen, dem Kranz eine Schleife hinzuzufügen mit der Inschrift: ‚Den Opfern des dt. Größenwahns‘. Die Toten der Mainz sind da einbezogen, selbst dann, wenn sie als Freiwillige nationalistisch verblendet in den Krieg gezogen sind.“

Kranzrückgabe

Aber noch hing der Kranz des Ärgernisses. Einen Tag später schritt Hans Ripper, Mainzer Friedensaktivist und DFG-VK-Mitglied, zur Tat. Er brachte den kriegsverherrlichenden Kranz dem OB ins Rathaus zurück, mit einem Begleitschreiben, das mit den Worten schloss:

„An diesem Denkmal können Sie nicht Opfern gedenken ohne zugleich die Täterschaft der Nazis zu verherrlichen. Wollen Sie Nazitäter wirklich zu Opfern machen? Totengedenken an Kriegsdenkmälern ist eh fragwürdig.“

Aber am Kriegsmarinedenkmal geht das in keiner Weise. Beenden Sie den Spuk. Mit dieser Bitte bringe ich Ihnen den Kranz zurück. Der

Kranz an diesem Denkmal ist zumindest eine Belästigung der Allgemeinheit. Wenn das nicht sogar eine Volksverhetzung ist. Das Kriegsmarinedenkmal ist zu einem Totengedenken ungeeignet. Ich hoffe auf Ihre Einsicht.“

Wie wird der OB auf den zurückgebrachten Kranz reagieren?

Wie wird es mit der Kriegsverherrlichung am Mainzer Rheinufer weitergehen?

Wird OB Ebling zur Einsicht kommen?

Wir wissen es noch nicht. Antworten darauf zu gegebener Zeit auf der Homepage der DFG-VK Mainz und im Friedlicht.

Die Kundgebung und die Kranzrückgabe sind auch als Video von Quer TV Mainz dokumentiert:

www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/kriegsverherrlichung-in-mainz/

Schlussfolgerung aus dem Geden-

ken: Nie wieder Krieg!

Permanente Wachsamkeit ist nötig: Im Vorwort zur Broschüre mit dem Veranstaltungsprogramm der Stadt Mainz zum 70. Jahrestag der Zerstörung von Mainz im Jahr 1945 schrieb der OB:

„Wir brauchen diesen Tag des Gedenkens, weil unsere Zukunft auch auf Erinnerung und Erfahrung gründet. Gerade heute, da eine Generation in der Verantwortung steht, die die Schrecken dieses Weltkriegs nicht erlebt hat, müssen wir die Erinnerung bewahren. Nur dann können wir uns auch verantwortungsvoll an internationalen Einsätzen beteiligen.“ (Hervorhebung durch die DFG-VK)

Es ist kaum zu glauben, aber offensichtlich wahr: OB Ebling nutzte das Gedenken an die Schrecken des Krieges, um für deutsche Militäreinsätze im Ausland zu werben, wenn auch nur mit diesem einen Satz.

Es ist höchst unlogisch, aus dem Gedenken an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs den Schluss zu ziehen, schon wieder Soldaten und Soldatinnen in Kriege zu schicken. Die DFG-VK Mainz kommentierte:

„Unsere Schlussfolgerung aus den Gräueln des Kriegs lautet: Krieg ist organisierter Massenmord. Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.“

NIE WIEDER KRIEG!“

Ukraine: Wie zum Frieden?

Trotz des Minsker Abkommens ist bei Redaktionsschluss dieses Friedlichts (20.3.2015) nicht sicher, ob die Waffenruhe halten wird. Zusätzlich zum innerukrainischen Konflikt ist die Ukraine Objekt der geopolitischen Konkurrenz zwischen NATO, EU und Russland, die weiterhin versuchen, möglichst große Teile des Landes unter ihre Kontrolle zu bekommen, wobei EU-Staaten wie Deutschland und Frankreich sich bemühen, die Aggressivität der USA zu zügeln.

Umgekehrt hat Putin bei der Rechtfertigung der Annexion nicht nur genüsslich den Westen mit seinen vorherigen Völkerrechtsverletzungen und politischen Fehlern konfrontiert. Er beschwor auch die gemeinsame Geschichte Russlands und der Ukraine, nannte Kiew die Mutter aller russischen Städte und sprach von Wiedervereinigung des geteilten russischen Volks. Damit hat Putin etwaige weitere Territorialforderungen ideologisch bereits gerechtfertigt, auch wenn sie gegenwärtig unrealistisch erscheinen.

Die Kontrahenten provozieren sich gegenseitig mit Manövern, grenznahen militärischen Aufmärschen und aggressiver Rhetorik. Die ukrainischen Konfliktparteien werden von außen unterstützt: politisch, finanziell, mit Militärhilfe, Söldnern und Freiwilligen.

Atomkriegsgefahr

Der Konflikt kann noch immer zu einem Atomkrieg eskalieren. Ein solcher Krieg würde Europa vernichten. Wegen des Ukraine-Konflikts haben Atomwissenschaftler die „Weltuntergangsuhr“ wieder auf 3 vor 12 gestellt, d.h. sie schätzen die Gefahr eines Atomkriegs so hoch ein wie zuletzt 1984.

Für die atomare Abrüstung ist der Ukraine-Konflikt ein Rückschlag. Der Ukraine war im Austausch gegen die Aufgabe ihrer Atomwaffen, von den führenden Atommächten die territoriale Integrität garantiert worden. Der Bruch dieser Garantie durch Russland unterminiert die Bemühungen um Nichtweiterverbreitung und Abschaffung von Atomwaffen.

Massenhafte Kriegsdienstverweigerung

Unter Präsident Janukowytsch war 2013 der Zwang zum Kriegsdienst ausgesetzt worden. Seit Mai 2014 schickt die Regierung in Kiew junge Männer wieder in Militär und Krieg. Tausende Ukrainer sind vor der Zwangsrekrutierung geflohen. Nach russischen Angaben soll sich sogar eine Million kriegsdienstpflichtiger Ukrainer in Russland aufhalten. Die Regierung Poroschenko verfolgt Kriegsdienstverweigerer und behindert die Ausreise von kriegsdienstpflichtigen Männern. Auch die Separatisten in der Ost-Ukraine rekrutieren zwangsweise. Das Menschenrecht

auf Kriegsdienstverweigerung wird von allen Seiten missachtet. Litauen hat im März 2015 wegen des Ukraine-Konflikts wieder mit der Zwangsrekrutierung angefangen. Die ukrainischen Kriegsdienstverweigerer benötigen Unterstützung und im Fall der Flucht Aufnahme.

Soziale Forderungen nationalistisch umgebogen

In seinem Buch *Kiew Unabhängigkeitsplatz* (Edition AV) konstatiert Roman Danyluk, dass die sozialen Forderungen, die anfangs sowohl in der Majdan- als auch in der Anti-Majdan-Bewegung erhoben wurden, „zu einem Kampf zwischen zwei gegnerischen Nationalismen umgebogen worden sind.“ (S. 69) Die sozialen und ökonomischen Probleme der Ukraine sind weiterhin ungelöst. Nationalismus, Faschismus, IWF-Sparprogramme, Waffenlieferungen und Krieg bieten dafür keine Lösung.

Nationalismus und Faschismus auf beiden Seiten

Der ukrainische und der russische Nationalismus, die sich in der Ukraine gegenüberstehen, gleichen sich in vielerlei Hinsicht. In der Ost-Ukraine kämpfen auf beiden Seiten Faschisten mit Hakenkreuzsymbolik.

„Abgelehnt werden die sogenannten ‚europäischen Werte‘, das heißt für die ukrainischen NationalistInnen vor allem die Ablehnung von Liberalität sowie von Rechten für Homosexuelle und Minderheiten. Es ist dabei schon eine bittere Ironie der Geschichte, dass die antirussischen ukrainischen NationalistInnen für Vorstellungen von einem Staat kämpfen, der in Russland durch die Putin-Regierung bereits weitgehend Realität geworden ist.“ (Danyluk: *Kiew Unabhängigkeitsplatz* S. 122)

Weithin bekannt ist, dass in der Ukraine faschistische Massenmörder und Nazi-Kollaborateure der 40er Jahre wie Stepan Bandera als Nationalhelden verehrt werden.

Antisemitismus und Faschismus blühen auch auf russischer und ostukrainischer Seite. Dort bringt man es sogar fertig, die Regierung in Kiew als faschistische Junta einzustufen und gleichzeitig zahlreichen politischen Führungspersonen der Ukraine vermeintliche oder tatsächliche jüdische Herkunft zum Vorwurf zumachen, wie ich schon selbst in Frankfurt/M. zu hören bekam und im Internet vielfach bestätigt fand.

„Die massive Beteiligung russischer Rechtsextremisten oder reaktionärer Kosaken am ukrainischen Bürgerkrieg macht die Propaganda aus dem Kreml, die SeparatistInnen seien ‚antifaschistische Kämpfer‘ nur umso bizarrer.“ (Danyluk: *Kiew Unabhängigkeitsplatz* S. 133)

Eurasische autoritäre Internationale

Es fällt auf, dass die russische Regierung in Europa Zustimmung sowohl von leninistischen und postkommunistischen Linken sowie von faschistischen und rechtspopulistischen Kräften wie NPD, AfD, FPÖ und dem französischen Front National erhält. Die Abstimmung über die Sezession der Krim wurde von Abgeordneten aus der deutschen Linkspartei sowie von Faschisten und Rechtspopulisten aus etlichen europäischen Ländern wohlwollend beobachtet.

An der Gründung separatistischer Republiken in der Ost-Ukraine waren russische Faschisten und rechte Ideologen maßgeblich beteiligt, darunter auch Aleksandr Dugin, bedeutendster Vertreter der Ideologie des Eurasismus. Er propagiert ein eurasisches Großreich auf konservativer völkischer Grundlage. Feinde sind ideologisch Liberalismus und Individualismus und geopolitisch die angelsächsischen Mächte. Dugin findet international Anklang, z.B. bei der europaweiten rechten Bewegung der Identitären. Auf Basis von Feindschaft gegenüber dem US-Imperialismus, von Wohlwollen für die russische Regierungspolitik und von Vorliebe für autoritäre politische Ordnungen finden ehemals verfeindete linke und rechte Kräfte zunehmend zusammen.

Gefahr eingefrorener Konflikte

Selbst wenn die Kampfhandlungen enden und die Waffenstillstandslinie zur Grenze des aus den Volksrepubliken Lugansk und Donezk zusammengesetzten Föderativen Staats Neurussland wird, entstünde ein weiterer sogenannter eingefrorener Konflikt, wie schon in Transnistrien (Eigenbezeichnung: Pridnestrowien), Abchasien, Süd-Ossetien und Berg-Karabach, der wieder eskalieren kann.

Zu bedenken ist auch, dass zwar die Mehrheit der Bevölkerung der Krim mit dem Anschluss an Russland einverstanden ist, dass dort aber Andersdenkende verfolgt, gefoltert, ermordet und inhaftiert werden.

Deeskalation und umfassende Friedenslösung

Deeskalation ist dringend geboten. NATO, EU und Russland müssen aufhören, zu versuchen, die Ukraine in ihren Einflussbereich zu ziehen. NATO und EU müssen ihre Osterweiterungspolitik beenden. Russland muss aufhören, Nachbarländer zu bevormunden und russischsprechende Bürger anderer Staaten für sich zu beanspruchen. Nötig ist eine umfassende Friedensregelung. Gewaltsame Grenzveränderungen sind nicht akzeptabel.

Die Grenzen, die oft lediglich durch administrative Entscheidungen der Sowjetunion zustande kamen, müssen aber einvernehmlich und friedlich verändert werden können.

Mögliche Schritte zum Frieden:

- Schluss mit Kampfhandlungen, Manövern und militärischen Drohgebärden
- Entwaffnung und Auflösung der Bürgerkriegsmilizen
- Weitgehende Entmilitarisierung und Abrüstung, kein Zwang zum Kriegsdienst
- International vereinbarte Militärbündnisfreiheit der Ukraine, Moldawiens und der südkaukasischen Staaten

- Schluss mit Waffenlieferungen
- Föderalisierung der Ukraine
- International vorbereitete und überwachte Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit aller umstrittenen Gebiete: Krim (mit der Garantie des Besitzes von Sewastopol für Russland), Ost-Ukraine, Transnistrien mit Schutzbestimmungen für Minderheiten
- Wirtschaftliche Assoziationen, die sowohl Beziehungen zur EU als auch zu Russland ermöglichen
- Schluss mit der Verfolgung politisch Andersdenkender in den besagten Gebieten

Für die Friedensbewegung ist wichtig, jeden Militarismus, jeden Nationalismus und jeden Imperialismus abzulehnen und mit denjenigen in der Ukraine und in Russland zusammenzuarbeiten, die sich gegen Krieg und Nationalismus wenden.

„In den Kriegen zwischen den Staaten oder sogar Mächte-Gern-Staaten kann es eine gerechte Seite nicht geben!“ (Vadim Damier, Sozialwissenschaftler aus Moskau, November 2014 bei mehreren Veranstaltungen der DFG-VK).

<http://www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/ukraine>

Gernot Lennert

SAG NEIN!

Der Schriftsteller Wolfgang Borchert (* 20. Mai 1921 in Hamburg; † 20. November 1947 in Basel) sagte es einst in seinem Prosatext „Dann gibt es nur eins!“ sehr treffend:

Wenn sie Dir den Krieg befehlen: DANN GIBT ES NUR EINS! SAG NEIN!

Was heißt das heute im Hinblick auf den Werbefeldzug und das Gelöbnis der Bundeswehr?

Du Schulleiter, Du Lehrerin, wenn die Bundeswehr sich morgen meldet und will wieder mit Infotruck und Jugendoffizieren Werbung in deiner Schule machen, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du Schülerin, wenn der Wehrdienstberater dir eine Karriere bei der Bundeswehr empfiehlt und das bezahlte Studium und die kostenlose Ausbildung anführt, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du Arbeitssuchender, wenn die Bundeswehr dir ein sicheres Einkommen verspricht und von Abenteuer und Kameradschaft faselt, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du Jugendlicher, wenn der Jugendoffizier Dir mit dem Simulationsspiel POLIS, mit Youtube-Filmen und Fernsehserien, Sport und Musikwettbewerben den Dienst an der Waffe schmackhaft machen will, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du Mutter, Du Vater: wenn die Bundeswehr wieder an die Schule deiner Kinder kommt, beantrage einen Schulbeschluss für eine Schule ohne Militär oder stelle zumindest einen Befreiungsantrag für Dein Kind, melde Dich beim Elternbeirat und **Sagt gemeinsam NEIN!**

Du Bürgermeister, Du Verwaltungsangestellter, Du Polizeibeamter, wenn die Bundeswehr morgen einen Platz in der Stadt für ihre Heereschau, ihr Gelöbnis, ihren Musikwettbewerb oder ihren Rekrutierungstruck beantragt, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du Friedensbewegte, wenn Du morgen hörst, wo die Bundeswehr wieder Werbung macht, dann gibt es nur eins: schließe Dich mit anderen zusammen, protestiert und verteilt Flugblätter, widerspricht, **sagt NEIN!**

20 ANS! C'EST LE BEL ÂGE!!



20 Jahre, das schöne Alter.

„Totalverweigerer“ - „Verweigerer aus Gewissensgründen“ - „Dienstverweigerer“ - „Ausgemustert wegen Inkontinenz“

(Karikatur von Cabu)

www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/geloebnix14/ Schon während der Rede störte die Polizei mit Durchsagen. Kurz nach der Rede beendete sie gewaltsam die Kundgebung.

Borchert warnt am Schluss seines Textes eindrücklich was passiert „wenn ihr nicht NEIN sagt, wenn IHR nicht nein sagt, dann...“ kommt das Schreckensszenario – die Grausamkeit und Unmenschlichkeit eines jeden Krieges, die er eindrücklich beschreibt.

Borchert wurde wegen Kritik am Regime des Nationalsozialismus und sog. Wehrkraftzersetzung verurteilt und inhaftiert und 1941 in die Wehrmacht eingezogen. An der Front erlitt er schwere Verwundungen und Infektionen, an deren Folgen er mit 27 Jahren starb.

Dennoch wenn ihr nicht **NEIN sagt**, wenn IHR nicht nein sagt, dann werden viele die Propaganda des Militärs glauben und die Geldverrichtung für Rüstung tolerieren, dann werden noch mehr junge Männer und Frauen in den Krieg ziehen oder ihn unterstützen. In einen Krieg für Wirtschafts- und Machtinteressen, für eine Verwertungslogik in der nicht der Mensch, sondern der Profit zählt.

Unsere Kinder werden Menschen töten, sie werden verletzt oder selbst getötet, viele werden traumatisiert zurückkehren und das militärische Denken wird immer mehr Platz greifen.

Dennoch wenn wir nicht Nein sagen wird der Krieg - das Verbrechen an der Menschheit weiterhin mit unserer Unterstützung organisiert. **Sagen wir heute also NEIN!!! Nein zu diesem Gelöbnis!**

Rede von Markus Pflüger, AG Frieden / DFG-VK Trier bei der Demonstration gegen Bundeswehrgelöbnisse in Mainz, 24. Juni 2014. Link zur Rede als Video hier:

Termine

Atomwaffenstandort Büchel (Eifel): 65 Tage gewaltfreie Blockaden
bis 29. Mai 2015.
www.buechel-atomwaffenfrei.de/buechel65

Ausstellung Hibakusha weltweit
Rathaus Mainz noch bis zum 2. Juni 2015
Montag bis Freitag: 8 bis 18 Uhr, Samstag: 9 bis 14 Uhr, an Feiertagen geschlossen
Veranstaltet von: Stadt Mainz, IPPNW - Deutsche Sektion, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN), Kampagne atomwaffenfrei.jetzt, Soka Gakkai International, Deutschland e.V.
www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/hibakusha-weltweit

Die Klage der Marshall Islands
Mainz, Erbacher Hof, Dienstag, 7. April 2015, 18 Uhr
mit Reiner Braun, Geschäftsführer von IALANA
Veranstaltung im Rahmenprogramm der Ausstellung Hibakusha weltweit
www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/hibakusha-weltweit

Kriegsdienstverweigerung in Südkorea
Mainz, Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, Montag, 27. April 2015, 19.30 Uhr
Mit VertreterInnen von World Without War (Südkorea)
Veranstaltet von: DFG-VK Mainz, Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz
www.dfg-vk-mainz.de

Die Nukleare Kette: Hibakusha weltweit
Mainz, Ratssaal, Rathaus, Dienstag, 28. April 2015, 19 Uhr
Vortrag von Dr. Alex Rosen, IPPNW-Vorstand
Veranstaltung im Rahmenprogramm der Ausstellung Hibakusha weltweit
www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/hibakusha-weltweit

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter www.dfg-vk-mainz.de/links/f159

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:
Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.
Tel. 0 69/43 14 40, Fax 0 69/4 99 00 07,
www.dfg-vk-hessen.de, dfgvkhessen@t-online.de
Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste), Telegrafstraße 16, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.
Tel. 0 26 41/8 29 05 28, whuste@aol.com

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag), Hangstr. 3, 63768 Hösbach.
Tel. +Fax 0 60 21/58 17 34, verlag@alibri.de

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach. juegenlocher@superkabel.de,
Tel. 06 71/6 28 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt. DFGVKDarmstadt@aol.com, www.dfg-vk-darmstadt.de
Gruppentreffen: dienstags 19.30 Uhr, ehemalige Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.
Tel. 0 69/4 98 03 94 Fax 0 69/4 99 00 07,
dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: monatlich, meist montags 19 Uhr. Genauen Termin bitte erfragen.
Kriegsdienstverweigerungsberatung nach Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27, 61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kriegsdienstverweigerung in Südkorea
Frankfurt, Jugendtreff der Ev. Paul-Gerhardt-Gemeinde, Gerauer Str. 52, Dienstag, 28. April 2015, 20 Uhr.
Mit VertreterInnen von World Without War (Südkorea)
Veranstaltet von: DFG-VK Frankfurt u.a.
www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk/kriegsdienstverweigerung-in-suedkorea

Fest der Befreiung
Frankfurt, Römerberg, 14-21 Uhr, Freitag, 8. Mai 2015
Veranstaltet von: VVN-BdA, mit Beteiligung der DFG-VK
<http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/8-mai>

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.
Tel. 05 61-89 30 27, kassel@dfg-vk.de

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar. Tel. 0 64 41/2 54 62,
mo-wz@gaaa.org

Mainz: c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz.
Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat, 19.30 h,

dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg.

Tel. 0 64 21/2 17 83, dfgvk@lahn.net,
www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr. 6.
Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Magazin für militanten Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wiederholung in der jeweils folgenden Woche um 15 h bei Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,
office@Connection-eV.de

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10, 67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,
dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfüthenstr. 1, 54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17, buero@agf-trier.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Aarstr. 29 65195 Wiesbaden, Tel. 0611-910 36 66
peter.silbereisen@web.de

Krieg und Frieden im Nahen Osten und in der Ukraine - Ursachen, Akteure, Interessen und mögliche Auswege
Mainz, Dienstag, 12. Mai 2015, Julius-Lehlbach-Haus, Kaiserstr. 26-30, 19 Uhr
Referent: Andreas Zumach
Veranstaltet von: Linkswärts in Kooperation mit Attac Mainz und DFG-VK Mainz
www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/nahost-ukraine

Dieses Friedlicht wurde fast ausschließlich mit freier Software erstellt. Zum Einsatz kamen insbesondere folgende Programme und Betriebssysteme: Xubuntu, Scribus, OpenOffice, Gimp, Inscap, Firefox, Piratenpad, Lazarus mit Free Pascal
Druck: DORNDRUCK, Anton-Flettner-Straße 1, 65479 Raunheim

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Mainz

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr
Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67
IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK, sowie die Zeitschrift Graswurzelrevolution sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz

ViSDP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, Mainz - April 2015

